



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Petitionsausschuss

Die Vorsitzende

█ MdL

Datum: 30.03.2022

**Ihre Petition vom 15.09.2021, eingegangen am 17.09.2021**  
**Pet.-Nr. 1231/7**

- 1) Dauer von Verfahren an einem Verwaltungsgericht**
- 2) Erhöhung der Zahl der dort tätigen Richter**

Sehr geehrter Herr █

der Petitionsausschuss des Landtages Brandenburg hat sich in seiner 37. Sitzung am 29. März 2022 ein weiteres Mal mit Ihrer vorbenannten Petition befasst, wozu ihm bei seiner Beratung auch Ihre erneute Zuschrift vom 30. September 2021 sowie eine ergänzende Stellungnahme vom Ministerium der Justiz vorlagen. Des Weiteren hat der Ausschuss den Geschäftsbericht 2020 vom Obergerverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg zur Kenntnis genommen, davon insbesondere die Seiten 30 bis 35, welche das Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) betreffen.

Soweit Sie mit Ihrer Petition im Hinblick auf die Verfahrensdauer einen eklatanten Widerspruch zwischen der diesbezüglichen Darstellung im Geschäftsbericht und Ihrem eigenen verwaltungsgerichtlichen Verfahren (Aktenzeichen VG █) monieren, ist darauf hinzuweisen, dass es sich bei der im Geschäftsbericht dargestellten „Dauer der erledigten Streitsachen in Monaten“ um einen statistischen Mittelwert handelt. Der unzutreffende Eindruck von kürzeren Verfahrenslaufzeiten in der weit überwiegenden Zahl der Verfahren beruht auf einem Verzerrungseffekt, da in die Gesamtstatistik auch eine Reihe von Verfahren einfließen, die nach einer nur kurzen Anhangsdauer ohne Durchführung einer mündlichen Verhandlung (zum Beispiel durch Klagerücknahme oder Verweisung) erledigt wurden. Eine Aussage zur Dauer einzelner Streitsachen ist der Statistik daher nicht zu entnehmen.

Weiter haben die Ermittlungen des Ausschusses ergeben, dass seit dem Doppelhaushalt 2019/2020 über die Nachbesetzung bestehender Stellen hinaus sechs zusätzliche Stellen im richterlichen Dienst am Verwaltungsgericht Frankfurt (Oder) geschaffen und besetzt wurden. Diese personelle Aufstockung führt zunehmend dazu, dass der Bestand an langjährig anhängigen Verfahren abgebaut werden kann. Die in den Jahren 2015 bis 2017 ganz erheblich angewachsene

